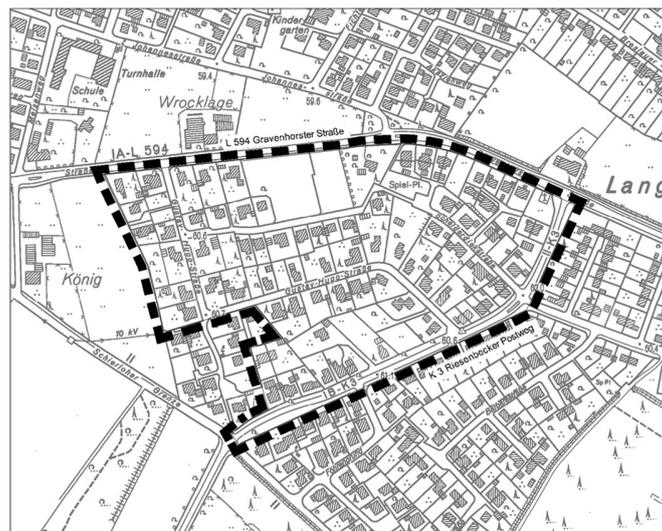




**Bebauungsplan Nr. 141 „Gustav-Hugo-Straße“, Neuaufstellung
Erneute öffentliche Bekanntmachung über die Beschlussfassung als Satzung und
rückwirkende Inkraftsetzung zum Tag der ursprünglichen Bekanntmachung**

Der Rat der Stadt Ibbenbüren hat in seiner Sitzung am 17. Juli 2013 die Neuaufstellung des Bebauungsplanes Nr. 141 „Gustav-Hugo-Straße“ gemäß § 10 (1) Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I. S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 22. Juli 2011 (BGBl. I. S. 1509) sowie den §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV NRW S. 666), zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 23. Oktober 2012 (GV NRW S. 474) als Satzung beschlossen. Gleichzeitig wurde die Begründung beschlossen.

Die genauen Grenzen des Geltungsbereiches des Bebauungsplanes sind in dem nachfolgend abgedruckten Auszug aus der Deutschen Grundkarte durch eine gerissene Linie gekennzeichnet.



In der öffentlichen Bekanntmachung über die Beschlussfassung als Satzung vom 20. Juli 2013 wurde darauf hingewiesen, dass der aufgeführte Bauleitplan einschließlich der Begründung und der zusammenfassenden Erklärung bei der Stadt Ibbenbüren, Fachdienst Stadtplanung, 49477 Ibbenbüren während der Dienststunden zu jedermanns Einsicht ausliegt.

In der vorgenannten Bekanntmachung fehlte der Hinweis, dass auch die der Planung zugrundeliegenden Vorschriften (z. B. Gesetze, Verordnungen, Erlasse, DIN-Vorschriften und VDI-Richtlinien) während der Dienststunden bei der Stadt Ibbenbüren eingesehen werden können.

Die Einsichtnahme ist möglich im Technischen Rathaus der Stadt Ibbenbüren, Fachdienst Stadtplanung, 2. Etage, Roncallistraße 3 – 5, 49477 Ibbenbüren. Über den Inhalt wird auf Verlangen Auskunft erteilt. Aufgrund der aktuellen Maßnahmen zur Corona-Viruseindämmung und der damit verbundenen Schließung des Technischen Rathauses für die Öffentlichkeit ist ein Termin zur Einsichtnahme nur nach vorhergehender, telefonischer Terminabstimmung (Tel. 05451 931-7207) möglich.

Informationen zur Planung sind auch unter www.ibbenbueren.de/bauleitplanung einsehbar.

Mit dieser Bekanntmachung tritt die Neuaufstellung des Bebauungsplanes Nr. 141 „Gustav-Hugo-Straße“ in der Fassung des Beschlusses vom 17. Juli 2013 gemäß § 214 (4) in Verbindung mit § 10 (3) BauGB rückwirkend zum Tag der ursprünglichen Bekanntmachung am 20. Juli 2013 in Kraft.

Hinweise:

- a) Auf die Vorschriften des § 44 (3) Satz 1 und 2 und (4) BauGB über die fristgemäße Geltendmachung etwaiger Entschädigungsansprüche für Eingriffe in eine bisher zulässige Nutzung durch den Bebauungsplan und über das Erlöschen entsprechender Entschädigungsansprüche wird hingewiesen.
- b) Gemäß § 215 (1) BauGB werden unbeachtlich:
 1. eine nach § 214 (1) Satz 1 Nr. 1 bis 3 beachtliche Verletzung der dort bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften,
 2. eine unter Berücksichtigung des § 214 (2) beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplanes und des Flächennutzungsplanes und
 3. nach § 214 (3) Satz 2 beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit Bekanntmachung der Satzung schriftlich gegenüber der Stadt Ibbenbüren unter Darlegung des die Verletzung begründenden Sachverhalts geltend gemacht worden sind. Satz 1 gilt entsprechend, wenn Fehler nach § 214 (2a) beachtlich sind.

Bekanntmachungsanordnung:

Der vorstehende Bebauungsplan Nr. 141 „Gustav-Hugo-Straße“, Neuaufstellung, wird hiermit gemäß § 2 (3) und (4) der Verordnung über die öffentliche Bekanntmachung von kommunalem Ortsrecht (Bekanntmachungsverordnung – BekanntmVO) vom 26. August 1999 in der zurzeit gültigen Fassung in Verbindung mit § 13 der Hauptsatzung der Stadt Ibbenbüren vom 05.07.2021 in der zurzeit gültigen Fassung öffentlich bekannt gemacht und gemäß § 214 (4) in Verbindung mit § 10 (3) BauGB rückwirkend zum 20. Juli 2013 in Kraft gesetzt.

Gemäß § 7 (6) der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) vom 14. Juli 1994 in der zurzeit gültigen Fassung kann die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung gegen Satzungen, sonstige ortsrechtliche Bestimmungen und Flächennutzungspläne nach Ablauf von sechs Monaten seit ihrer Verkündung nicht mehr geltend gemacht werden, es sei denn,

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) die Satzung, die sonstige ortsrechtliche Bestimmung oder der Flächennutzungsplan ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekanntgemacht worden,
- c) der Bürgermeister hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Stadt Ibbenbüren vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Ibbenbüren, 23. Mai 2022

Stadt Ibbenbüren
Der Bürgermeister
gez. Dr. Schrameyer